Erfolgs. Es hieß auch schon, ich würde die Landesfürsten entmachten. Im Gegenteil: Ich stärke sie.

**SPIEGEL:** Warum eigentlich hat die Börse so wenig auf all die Affären und daraus resultierenden Risiken reagiert?

**Löscher:** Ich kann nur meine Ergebnisse beeinflussen, aber nicht den Aktienkurs. Deshalb spekuliere ich nicht über das Börsengeschehen. Immerhin haben wir aber gerade ein Rekordergebnis vorgelegt. Und vergessen Sie nicht, dass Siemens vor allem für Innovationskraft steht. Unsere Ingenieurskunst ist weltweit anerkannt. Das ist es, was zählt.

**SPIEGEL:** Es gibt das Gerücht, dass Investoren noch etwas anderes zu Siemens lockt: die Hoffnung, Sie könnten die drei neuen Großbereiche irgendwann getrennt an die Börse bringen und Kasse machen.

**Löscher:** Das weise ich vehement zurück: Wir waren, sind und bleiben auf jeden Fall ein integrierter Technologiekonzern.

**SPIEGEL:** Welche Auswirkungen haben schwacher Dollar, US-Finanzkrise und teures Öl auf Siemens?

**Löscher:** Wir sind global aufgestellt und machen rund die Hälfte unseres Geschäfts im Euro-Raum. Das ist ein klarer Vorteil in der jetzigen Situation.

**SPIEGEL:** Schlittern die USA Ihrer Meinung nach in eine Rezession?

**Löscher:** Sicher wird sich dort das Wachstum verlangsamen. Letztlich ist das aber eine Konsumentenkrise. Und das tangiert uns nicht unmittelbar, weil wir überwiegend im Investitionsgütersektor tätig sind.

**SPIEGEL:** Sie selbst haben mehrere Jahre für den Siemens-Konkurrenten al Electric gearbeitet. Inwieweit sind die Amerikaner für Sie Vorbild?

**Löscher:** Wir sprechen über zwei Firmen, die sich gegenseitig respektieren und gute Wettbewerber sind. Ansonsten muss jedes Unternehmen seinen eigenen Weg finden.

**SPIEGEL:** Was an Ihnen selbst ist mittlerweile amerikanisch?

**Löscher:** Ach, ich bin gebürtiger Österreicher. Ein Elternteil ist italienischer Abstammung. Meine Frau ist Spanierin. Ich habe auf drei Kontinenten studiert – und gearbeitet. Zwei meiner Kinder sind Amerikaner, das dritte hat einen spanischen Pass. Ich lebe die Vereinten Nationen also schon in der eigenen Familie und sehe mich als globalen Manager mit tiefen Wurzeln hier in Europa. Und ich merke: Mit zunehmendem Alter nimmt die Wertschätzung für den eigenen Kulturkreis mehr und mehr zu.

**SPIEGEL:** Klingt, als würden Sie zum Schluss Ihrer Karriere gern noch mal ein österreichisches Unternehmen führen wollen.

**Löscher:** *(lacht)* Es bleibt bei Siemens, das in Österreich übrigens ja auch als österreichisches Unternehmen wahrgenommen wird. Siemens ist für mich der Schluss- und Höhepunkt.

**SPIEGEL:** Herr Löscher, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

MATTHIAS JUNG / LAIF

**Ministerpräsident Rüttgers:** *Große Pläne für Düsseldorf*

BANKEN

# Flucht in den Notverkauf

Der Streit um die WestLB entscheidet über die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Bankensektors. Dessen Vertreter wollen private Investoren abwehren – mit allen Mitteln.

Das Gespräch war kurz und kühl. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Helmut Linssen ließ dem Aufsichtsratschef der WestLB, Rolf Gerlach, am Montag vorvergangener Woche ausrichten, die Eigentümer der Bank hätten kein Vertrauen mehr in ihn. Wenn er nicht abtrete, werde er abberufen. Gerlach bat, selbst den Rücktritt aus dem Gremium antreten zu können.

Am Donnerstag vorvergangener Woche gab der 54-Jährige dann bekannt, dass er zwar den Vorsitz des Gremiums niederlege – aber erst zum 1. Januar. Einfaches Aufsichtsratsmitglied werde er jedoch bleiben. Mit dem taktischen Manöver wollte der Chefkontrolleur vor allem Zeit gewinnen.

Die braucht er, um sein Ziel zu verwirklichen. In wenigen Tagen nämlich sollen Entscheidungen über die Zukunft der Bank fallen, die sich weit über die Grenzen Nordrhein-Westfalens auswirken würden.

Der Aufsichtsratschef arbeitet daran, die WestLB doch noch mit der Landesbank Baden-Württemberg zusammenzubringen. So entstünde in Stuttgart die zweitgrößte Bank der Republik, der sich künftig weitere öffentlich-rechtliche Institute anschließen könnten. Wenn es dazu kommt, werde Gerlach, so versichern Banker, den Aufsichtsratsvorsitz des gemeinsamen Instituts übernehmen.

Die Landesregierung in Düsseldorf aber hat andere Vorstellungen. Das Land ist mit 38 Prozent größter Anteilseigner der WestLB, und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) will die Bank in Düsseldorf halten. Weil die WestLB bislang kein überzeugendes Geschäftsmodell hat, soll sie möglichst mit der Düsseldorfer Sparkasse fusionieren. Zudem will der Politiker die schwer angeschlagene Industriekreditbank (IKB) in die WestLB integrieren. Damit entstünde im Privatkundengeschäft eine schlagkräftige Metropolbank sowie ein bundesweit tätiger Mittelstandsfinanzierer. Doch es gibt auch andere Alternativen, wie den Verkauf an eine ausländische Adresse.

In den nächsten Tagen wird sich entscheiden, welchen Weg die WestLB nimmt.

DIETER KLEIN

**WestLB-Zentrale*:** *„Deutsche Bankvorstände als ‚Volltäter bei Kursmanipulationen'"*

Und dabei ist es fast zweitrangig, ob die neue Bank in Düsseldorf steht oder in Stuttgart, ob und wo sie ihr Privatkundengeschäft betreibt. Viel entscheidender ist eine andere Frage: Können sich an der neuen WestLB private Investoren zumindest als Minderheitsaktionäre beteiligen, was Rüttgers nicht ausschließt. Oder soll die Bank mit der LBBW, einer Anstalt öffentlichen Rechts, zusammengebracht werden, um genau das dauerhaft zu verhindern.

Von dieser Entscheidung hängt nicht mehr und nicht weniger ab, als der Fortbestand oder die Aufweichung des Drei-Säulen-Modells im deutschen Finanzgewerbe. Bleibt die strikte Trennung von öffentlich-rechtlichen, genossenschaftlichen und privaten Banken bestehen, drohen die Landesbanken im internationalen Vergleich immer weiter zurückzufallen. Denn woher sollen sie – in Zeiten klammer Landeskassen – das nötige Kapital für Investitionen bekommen?

Kommt es aber, wie in Italien oder Frankreich längst geschehen, zu einer Öffnung des Lagers und damit zur Zufuhr frischen Kapitals, könnten die Institute nach einigen Fusionen und Zusammenschlüssen in die Weltfinanzliga aufsteigen.

Seit Monaten wird deshalb erbittert um die WestLB gestritten. Die Krise, in der sich das Institut befindet, spielt dabei den Bewahrern eines von privaten Anteilseignern abgeschotteten, öffentlich-rechtlichen Bankensystems in die Hände.

Doch wie gefährlich ist diese Krise wirklich? Wird die Situation von interessierter Seite sogar bewusst dramatisiert? Haben einige Mitglieder dieser Fraktion, wie Banker, aber auch Ministerialen in Düsseldorf vermuten, gar ein Komplott geschmiedet – mit dem Ziel, die WestLB möglichst billig nach Stuttgart zu verkaufen?

Viele Indizien und Ungereimtheiten sprechen dafür.

Die Krise der WestLB begann Anfang dieses Jahres mit einem Verlust im Eigenhandel der Bank. Der damalige Leiter des Handelsgeschäfts, Friedhelm Breuers, hatte am 26. März 70 Millionen Euro Verlust eingefahren – und zwar bei einer Wette auf die Preisdifferenz von VW-Stamm- und -Vorzugsaktien, einem Geschäftsbereich, den er eigentlich zurückfahren sollte.

Um 17.50 Uhr informierte Breuers zunächst WestLB-Vorstand Werner Taiber über das Desaster. Das Gespräch wurde, wie alle Telefonate in Handelsräumen von Banken, mitgeschnitten. Eine Abschrift findet sich im Sonderprüfungsbericht der Bankenaufsicht BaFin über die Affäre.

Taiber: „Gott! Hast du mit Rob mal gesprochen?" (Gemeint ist Ex-WestLB-Vorstand Robert Stein, der lange für Breuers' Abeilung zuständig war).
Breuers: „Nein, nein, rufe ich jetzt an."
Taiber: „Oh, Scheiße."
Breuers: „Ich weiß. Es ist wild zu sagen, das holen wir in den nächsten Tagen wieder, hm, ganz wild, wahrscheinlich ist es so, ja?"

Es folgen unverständliche Wortfetzen.

Taiber: „Um Gottes willen …"
Breuers: „Ich rufe den Rob an."
Taiber: „Ja."
Breuers: „Und dann?"
Taiber: „Wahrscheinlich den Fischer, muss ja irgendwie informieren …"

Der damals noch amtierende Vorstandschef der WestLB, Thomas Fischer, ließ die Geschäfte zunächst intern untersuchen, wenige Tage später stellte er Strafanzeige. Er hatte den Verdacht, Mitarbeiter der Abteilung Handelsgeschäfte hätten zusammen mit Ex-Kollegen, die heute bei der US-Investmentbank Bear Stearns arbeiten, die Kurse der relativ illiquiden Vorzugsaktien manipuliert, um so ihr Ergebnis zu steigern. Unter anderem war der im Jahr 2005 auf Fischers Betreiben gefeuerte Vorstand Manfred Puffer zu Bear Stearns gewechselt.

Die Ermittler arbeiteten, wie auch die BaFin, geräuschlos. Doch im Vorfeld der Aufsichtsratssitzung am 26. Juli überstürzten sich die Ereignisse. Denn inzwischen lag der Bankenaufsicht ein dürrer Zwischenbericht über die Ereignisse vor. Und der sollte nun dazu dienen, so vermuten – rückblickend – einflussreiche Anteilseigner der Bank, die Gegner eines von privatem Kapital abgeschotteten Landesbankensystems zu beseitigen.

Eine Besprechung zwischen Aufsichtsratschef Gerlach und BaFin-Präsident Jochen Sanio am 20. Juli sowie die darauffolgenden Ereignisse lassen diesen Verdacht zumindest plausibel erscheinen.

Sanio machte, so ist es im Gesprächsprotokoll festgehalten, „deutlich, dass der Aufsichtsrat in der bevorstehenden Sitzung sich dafür auszusprechen habe, alle amtierenden Vorstände abzuberufen". Andernfalls, drohte er, werde „sehr kurzfristig" ein Abberufungsverfahren eingeleitet. Hintergrund für die harte Haltung der BaFin war, dass der WestLB-Vorstand am 27. Juni 2006 einen Bericht für den Risikoausschuss des Aufsichtsrats zum Eigenhandel der Bank abgeschwächt haben soll.

Der Vorstand war von der BaFin zu diesen Vorkommnissen nie gehört worden, als seine Abberufung beschlossen wurde. Doch: „Entlastende Argumente sind" laut Protokoll „von Herrn Sanio und dessen Mitarbeitern zurückgewiesen worden. Dies gelte auch für den Vorstandsvorsitzenden, Thomas Fischer, obwohl der weder bei der fraglichen Sitzung am 27. Juni noch bei der darauffolgenden Zusammenkunft des Vorstandes anwesend war".

Gerlach und Sanio trafen sich anschließend mit den ermittelnden Staatsanwälten zu einer weiteren Besprechung. In der Niederschrift über diese Zusammenkunft heißt es: „Die bisherigen Ermittlungen deuten darauf hin, dass deutsche Bankvorstände als ‚Volltäter bei Kursmanipulationen' engagiert gewesen seien. Die Strategie sei nach ihrer Kenntnis ursprünglich von Dr. Puffer entwickelt, von dem Vorstands-

* In Düsseldorf.

DIRK HOPPE / NETZHAUT

**Ex-WestLB-Chef Fischer**
*Entlastende Argumente zurückgewiesen*

mitglied Schmitz, dann den Herren Stein und abschließend – ganz in der Endphase – von Herrn Taiber fortgesetzt worden.“ Die Vorgänge und Umstände führten auch „zu Fragen im Zusammenhang mit dem Tatbestand der Untreue“.

Das sind in der Tat schwerste Vorwürfe. Puffer wollte die Anschuldigungen nicht kommentieren, Schmitz und Stein waren für den SPIEGEL nicht erreichbar, und Taiber weist darauf hin, dass er die Verantwortung für den Bereich erst Ende Februar übernommen habe.

Überraschenderweise wurden in der Aufsichtsratssitzung jedoch nur zwei Vorstände abberufen: Thomas Fischer und Matthijs van den Adel. Taiber durfte ebenso bleiben wie Finanzvorstand Hans-Jürgen Niehaus und Norbert Emmerich, der die fragliche Sitzung am 27. Juni 2006 an Fischers Stelle geleitet hatte.

Sanio war damit zufrieden. Selbst heute, sechs Wochen nach Vorlage des endgültigen Berichts, sind die drei Vorstände noch immer im Amt.

Warum aber musste Fischer gehen? Stand er, wie Rüttgers gegenüber Vertrauten in der Landesregierung vermutete, dem Plan im Weg, die WestLB möglichst billig an die LBBW zu verkaufen?

Fischer wäre zu einer Fusion mit der Stuttgarter LBBW zwar bereit gewesen, allerdings nur in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Er ist überzeugt, dass der öffentlich-rechtliche Bankensektor frisches Kapital braucht. Und das gibt es seiner Meinung nach nur von privaten Investoren. Schon 2006 hatte Fischer das von der WestLB gehaltene 26,6-prozentige Aktienpaket an der HSH Nordbank an US-Investoren, darunter der Milliardär Christopher Flowers, verkauft.

Für die Vertreter des Sparkassenlagers, allen voran den Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Heinrich Haasis, war das der Sündenfall. Auf keinen Fall, so die klare Linie von Haasis, dürften sich auch an der WestLB private Investoren beteiligen. Er will den öffentlich-rechtlichen Bankensektor unter allen Umständen erhalten. Und Gerlach will das auch.

Schon in der Besprechung vom 20. Juli „machte Gerlach deutlich, dass ihm und dem Aufsichtsrat bewusst sei, dass die WestLB ihre Eigenständigkeit auf Frist nicht werde halten können“, heißt es in dem Protokoll. Als möglichen Partner nannte Gerlach auch die LBBW.

Die Äußerung beruhe auf einem vier Wochen vor dieser Sitzung gefassten Aufsichtsratsbeschluss, sagt Gerlach heute, dass sich die WestLB aktiv an der Konsolidierung in der Landesbankenszene beteiligen solle. Doch an anderer Stelle wird Gerlach mit den Worten zitiert, „dass ein Notverkauf von den Sparkassen als Anteilseignern möglicherweise hingenommen werde, dass jedoch mit Widerstand durch das Land gerechnet werden müsse“.

Ein Notverkauf? Der gesamte Vorstand ging damals davon aus, dass die Bank 2007 schwarze Zahlen schreiben würde, obwohl der Verlust im Eigenhandel nicht 70, sondern inzwischen 615 Millionen Euro betrug. Doch die hohe Zahl basiert auf einem Geheimnisverrat: „Ursächlich für die hohen Verluste“, heißt es im BaFin-Bericht, seien „die durch Presseberichte verursachte Öffentlichkeit der Spread-Positionen“. Jetzt kannte die Konkurrenz die Positionen der WestLB und konnte so risikolos gegen die Bank spekulieren.

Nach Fischers Rausschmiss holte Gerlach den Vorruheständler und Ex-HSH-Nordbank-Chef Alexander Stuhlmann an die Spitze der Bank. Während seines Antrittsbesuchs bei Rüttgers sagte der Nachfolger Fischers, er werde die Bank auftragsgemäß mit der LBBW zusammenführen. Rüttgers fragte den Banker verdutzt, wer ihm denn diesen Auftrag erteilt habe. Stuhlmann antwortete: „Na, Gerlach.“ Stuhlmann lässt dazu über einen Banksprecher ausrichten, dass er für jede sinnvolle Konsolidierungslösung offen sei.

BERND THISSEN / DPA

**Chefkontrolleur Gerlach**
*Aktive Rolle bei der Konsolidierung*

Seit Sommer, so versichern Insider in Düsseldorf, habe Gerlach darauf gedrungen, drohende Verluste und die daraus resultierende Risikovorsorge stets so hoch wie möglich anzusetzen. Potentielle Investoren, wie Flower, wandten sich über ihre deutschen Vertreter verwirrt an die Landesregierung – und beklagten, dass Gerlach die Bank geradezu schlechtrede. Gerlach bestreitet das.

Tatsache ist jedoch, dass die Bank vor wenigen Wochen eine Gewinnwarnung als Pflichtveröffentlichung verbreiten ließ, was als dramatische Geste interpretiert wurde – und die Rating-Agentur Moody’s veranlasste, das Institut herabzustufen. Tatsächlich ist der Verlust nach neun Monaten mit 116 Millionen Euro eher moderat ausgefallen. Stuhlmann betont inzwischen, dass die WestLB im Kern „eine starke Bank ist“.

Noch aber kämpft Gerlach. In den vergangenen Tagen hat die von der WestLB beauftragte Beratungsgesellschaft Boston Consulting schon einmal den Restrukturierungsaufwand für die WestLB kalkuliert. Dabei war von 600 Entlassungen die Rede und von einem Aufwand in der Größenordnung einer halben Milliarde Euro. Das Land dagegen argumentierte: Der Restrukturierungsaufwand könne und dürfe erst dann berücksichtigt werden, wenn klar sei, was und wie restrukturiert wird.

Schon bald, so vermuten Insider aus Düsseldorf, werde es zum Showdown zwischen Rüttgers und Gerlach kommen. Denn der Ministerpräsident und die CDU-Fraktion akzeptieren den halben Rückzug des Aufsichtsrats nicht. Aus gutem Grund: Laut dem Rechtsgutachten einiger Anteilseigner, darunter das Land, hat Gerlach bei der Darstellung eines Treffens mit drei Vorständen die Unwahrheit gesagt. Ein „wichtiger Grund“ für die Abberufung sei „zu bejahen“, heißt es in dem Papier.

Gerlach selbst glaubt noch nicht an seine Demission. „Dafür wird es in dem Gremium keine Mehrheit geben“, vermutet er. Rüttgers sieht das anders. Erste Gespräche mit den übrigen Kontrolleuren haben ein klares Meinungsbild ergeben: 17 gegen, 3 für Gerlach.

Spätestens in der Aufsichtsratssitzung am 12. Dezember soll darüber beraten werden, wie es mit der Bank weitergeht. Gerlach gibt unumwunden zu, dass er sich sehr für einen Zusammenschluss mit Stuttgart eingesetzt habe. Dafür aber gebe es „in diesem Aufsichtsrat derzeit keine Mehrheit“, sagt er – und begründet damit seinen Rücktritt. WOLFGANG REUTER